

## Editorial

»Business as usual is not an option« – so lautete die Botschaft, mit der vor gut zehn Jahren der sog. Weltagrарbericht (IAASTD) präsentiert wurde. Vier Jahre lang hatten 400 Expertinnen und Experten aus aller Welt die wohl umfassendste Bestandsaufnahme zur Geschichte und Zukunft der globalen Landwirtschaft erstellt. Dass es angesichts der ökosozialen Kollateralschäden der industriellen Landwirtschaft und angesichts des offenkundigen Scheiterns bei der Bekämpfung von Hunger und Unterernährung nicht so weitergehen kann wie bisher – das war nur der *eine* Teil der Botschaft.

Denn unter dem neuen Leitbegriff »Agrarökologie« wurden zugleich konkret gangbare Wege aufgezeigt für eine globale Agrar- und Ernährungswende: für eine Form der Landbewirtschaftung, die naturverträglich und ressourcenschonend und dennoch hinreichend produktiv ist, um die bald zehn Milliarden Menschen auf diesem Planeten zu ernähren, die bäuerliche Strukturen und Lebensformen erhält und den Menschen vor allem im globalen Süden ihre Ernährungssouveränität zurückgibt.

Mittlerweile will selbst die Große Koalition »Potenziale aus der Agrarökologie anerkennen und unterstützen«. Agrarökologie ist auch auf UN-Ebene das zentrale Leitkonzept für nachhaltige Landwirtschaft. Und dennoch: Auch nach zehn Jahren ist dieses Konzept immer noch weit davon entfernt, die globale Agrar-, Handels- und Ernährungspolitik maßgeblich zu bestimmen. Das zeigen auch die durch die Europawahl ins Stocken geratenen Verhandlungen über eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik ab 2021, die momentan noch eher auf *business as usual* hinauslaufen.

Doch der Veränderungsdruck steigt und mit ihm die Erwartungen und Anforderungen der Gesellschaft an die Landwirtschaft. Unser bisheriges Wirtschafts- und Entwicklungsmodell steht infrage – und bei vielem spielt die Landwirtschaft eine zentrale Rolle. Zu nennen wären der Klimawandel und die Doppelrolle der Landwirtschaft als dessen Opfer und Mitverursacher, der erschreckende Rückgang der Biodiversität gerade auf und in der Nähe von landwirtschaftlich intensiv genutzten Flächen, die Nitratbelastung des Grundwassers durch zu hohe Stickstoffeinträge, die strukturellen Missstände in der Tierhaltung, die bei

der Zucht anfangen und bei Transport und Schlachtung enden. In vielen Bereichen drohen hohe Vertragsstrafen seitens der EU, sodass der Politik gar nichts anderes übrigbleibt als zu reagieren – wie unzureichend auch immer.

Vieles gerät gerade in Bewegung zwischen Stadt und Land, Gesellschaft und Landwirtschaft. »Stadt, Land – im Fluss« lautet denn auch der Schwerpunkt des diesjährigen *Kritischen Agrarberichts*, dem 16 der insgesamt 51 Beiträge gewidmet sind. Das Bild, das sie zeichnen, ist zuweilen paradox:

- Für viele Städter wird das Land zum idealisierten Sehnsuchtsort (»Landlust«). Gleichzeitig verlieren – nicht nur in den neuen Bundesländern – entlegene ländliche Räume unentwegt Einwohner. Die Daseinsvorsorge und die im Grundgesetz garantierte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sind vielerorts nicht mehr gewährleistet.
- Hunderttausende von Menschen engagieren sich erfolgreich in Volksbegehren für den Schutz der Arten (»Rettet die Bienen!«). Auch die Missstände beim Tierschutz in der Landwirtschaft empören viele (auch auf dem Land) – ohne dass sich am Einkaufsverhalten bereits Entscheidendes ändern würde. Den Discountern und Supermärkten gehen die Kunden nicht aus ...

Konkrete Veränderungen finden vor allem im Kleinen statt, in »Reallaboren« gesellschaftlichen Wandels. Im Zentrum stehen dabei neue Kooperationen von Stadt und (Um-)Land über regionale Ernährungsstrategien. Oft gehen die Impulse für eine Wiederbelebung der (regionalen) Landwirtschaft von – meist jungen – Städtern aus: sei es mit der bundesweiten Bewegung der Solidarischen Landwirtschaft, bei der Verbraucher und Landwirte eine Solidargemeinschaft bilden und auch das wirtschaftliche Risiko gemeinsam tragen. Sei es durch sog. Ernährungsräte, die sich in einigen Städten gebildet haben, um die Versorgung mit ökologischen Lebensmitteln aus der Region gemeinsam mit den Landwirten zu organisieren.

Ansätze, die für mehr Solidarität zwischen Stadt und Land sorgen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt über das Themenfeld Ernährung stärken und neue regionale Wertschöpfungs- und vor allem

Wertschätzungsketten aufbauen. Ansätze, die zeigen, dass es Teile der Gesellschaft gibt, die zwar hohe Ansprüche an Landwirtschaft haben, was Qualität der Lebensmittel und Produktionsweise angeht, die aber auch bereit sind, diese zu honorieren und deren Umsetzung solidarisch mitzutragen.

Von all dem war in den letzten Wochen wenig die Rede – im Gegenteil: Die Fronten zwischen Stadt und Land haben sich verhärtet; der Ton wird rauher. Während wir an der Fertigstellung dieses *Kritischen Agrarberichts* gearbeitet haben, kam es zu Bauernprotesten bislang unbekanntes Ausmaßes. Eine neue Bewegung des Zorns? Nach den Wutbürgern nun die Wutbauern? Zu Tausenden zogen sie mit ihren Traktoren nach Berlin und in andere Städte, um ... ja was eigentlich?

Die Bauernproteste sind nicht vom Himmel gefallen. Sie sind das Resultat von Versäumnissen der Agrarpolitik in den letzten Jahrzehnten. Konkreter Anlass der Proteste war das im September 2019 von der Bundesregierung beschlossene »Agrarpaket«. Es verpflichtet mit seinem Aktionsprogramm Insektenschutz die Bauern zu weiteren Umweltauflagen. Zusätzlich sorgt die geplante Düngeverordnung für Ärger. Es drohe der »Untergang der Landwirtschaft in Deutschland«, hieß es bei Verbandsvertretern.

Aber es sind weniger einzelne Gesetzesvorgaben, die all den Frust und die Wut erklären. Sondern die Existenzsorgen der Bäuerinnen und Bauern sowie das Gefühl, von der Gesellschaft »an den Pranger« gestellt zu werden und keine Wertschätzung mehr zu erfahren.

Die wirtschaftliche Lage vieler vor allem kleinerer und mittelgroßer Familienbetriebe ist durch die Politik des »Wachsens und Weichens« prekär und bedrückend. Von den 1,5 Millionen Betrieben, die es 1960 allein im Gebiet der Bundesrepublik gab, ist weniger als ein Sechstel übrig geblieben. Eine Trendwende ist nicht in Sicht. Jedes Jahr geben weitere 5.000 Höfe auf.

Die protestierenden Bauern und Bäuerinnen befürchten, sie könnten mit dem notwendigen Umbau der Landwirtschaft alleine gelassen werden. Allerdings vermisst man bisher bei den Demonstrationen konkrete Vorschläge, wie die wirtschaftliche Situation auf den Höfen und an den Märkten stabilisiert werden könnte. Die Beschwörung des Status quo, der zu all den Problemen ja geführt hat, ist wenig hilfreich – und wird auch die zurecht geforderte Solidarität der Gesellschaft mit ihrer Landwirtschaft eher verhindern.

Auf dem zu beharren wie es ist, treibt Bäuerinnen und Bauern ins gesellschaftliche und politische Abseits. Ein neuer Gesellschaftsvertrag zwischen Stadt und Land ist überfällig. Einen Leitspruch dafür gäbe es bereits: »Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen«. Und es gilt Abschied zu nehmen von einem

Agrarmodell, bei dem Bauern und Bäuerinnen zu niedrigsten Preisen gute Produkte liefern müssen. Daher muss die EU mit einer geeigneten Marktpolitik wieder dafür sorgen, dass nicht nur über öffentliche Gelder, sondern auch auf den Agrarmärkten ein angemessenes Einkommen erwirtschaftet werden kann.

Was dies konkret bedeutet, gilt es für die anstehende EU-Agrarreform durchzudeklinieren. Detaillierte Vorschläge aus den Reihen des AgrarBündnis liegen vor und werden im *Kritischen Agrarbericht* auch zur Diskussion gestellt. Etwa eine Ackerbau- und eine Tierhaltungsstrategie für Deutschland, die beide einen Interessensausgleich suchen zwischen den gestiegenen Anforderungen an die Landwirtschaft und zugleich ein Überleben der Betriebe sicherstellen könnten.

All dies lässt sich jedoch nur dann politisch umsetzen, wenn es gelingt, breite gesellschaftliche Bündnisse zu schmieden zwischen Landwirtschaft, Tier-, Umwelt- und Naturschutz, Verbraucherschutz und entwicklungspolitischen Organisationen. So wie es das AgrarBündnis nun bereits seit 30 Jahren praktiziert, unter anderem seit 1993 mit der Herausgabe des *Kritischen Agrarberichts*.

So wie es aber auch der Berliner Großdemo »Wir haben es satt!« seit nunmehr zehn Jahren immer wieder aufs Neue gelingt. Und wer weiß: Vielleicht kommen ja Bäuerinnen und Bauern, die bei den Schleppe demonstrationen im Oktober und November dabei waren, erneut nach Berlin und demonstrieren dann mit weiteren gesellschaftlichen Gruppen für eine nachhaltige und für sie auskömmliche Landwirtschaft! Willkommen wären sie.

Ein Weitermachen wie bisher ist jedenfalls keine Option. Allenfalls für den *Kritischen Agrarbericht* ... den es auch im nächsten Jahr wohl geben wird.

Wir danken den 87 Autorinnen und Autoren, die zum Teil selber vielfältig in den sozialen Bewegungen aktiv sind. Mit ihren Beobachtungen und Analysen tragen sie maßgeblich zum Gelingen dieses agrarpolitischen Jahrbuchs bei. Dank gebührt auch den Stiftungen, Unternehmen und Organisationen, die durch ihre finanzielle Unterstützung die Arbeit am *Kritischen Agrarbericht* Jahr für Jahr ermöglichen.

*Für die Redaktion:*

Manuel Schneider, Andrea Fink-Keßler,  
Friedhelm Stodieck

*Für Vorstand und Geschäftsführung des  
AgrarBündnis:*

Jochen Dettmer, Clemens Gabriel, Jenny Schlosser,  
Frieder Thomas, Tilman Uhlenshaut, Bernd Voß

München, im Dezember 2019